



VRB fordert Thematisierung der Gemeinschaftsschule im Landtagswahlkampf und mahnt Reformen an

19.03.2017

Mit Verwunderung stellt der Verband Reale Bildung (VRB) fest, dass im derzeit stattfindenden Landtagswahlkampf die Gemeinschaftsschule sowie ihre Ausgestaltung in der politischen Auseinandersetzung kaum eine Rolle spielen. In der „Elefantenrunde“ des Saarländischen Rundfunks fiel das Wort „Gemeinschaftsschule“ schon rein quantitativ kaum. Dies ist bemerkenswert, da die Gemeinschaftsschule im Vergleich zum Gymnasium die größere Schulform ist – und zwar sowohl im Vergleich der Zahl der Standorte als auch im Vergleich der Schülerzahlen. (Für das kommende Schuljahr 2017/2018 weisen die Gemeinschaftsschulen 3.715 Neuanmeldungen auf, die Gymnasien 2.896.)

Der VRB fürchtet, dass die Politik die Gemeinschaftsschule zunehmend auf's Abstellgleis stellt, als Aufbewahrungsort für schwierige Kinder und Jugendliche sowie als Labor für ideologisch begründete Gesellschaftsexperimente betrachtet. Da will man nicht soviel Scheinwerferlicht haben, wenn mal wieder was schief geht...

In der inhaltlichen Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sieht der VRB dringend politischen Reformbedarf: In einer durchschnittlichen Gemeinschaftsschulklasse sitzen heutzutage zukünftige Abiturienten, Realschüler und Hauptschüler. Dieses Leistungsspektrum wird seit dem aktuellen Schuljahr durch die Inklusion noch einmal um z.B. geistig Behinderte und Verhaltensauffällige erweitert. Durch die Migration kommen zusätzlich Schüler ohne Deutschkenntnisse, zuweilen sogar nicht alphabetisierte Jugendliche hinzu. Alle genannten Schülergruppen sitzen gemeinsam in einer Klasse.

Man muss kein bildungspolitischer Experte sein, um zu erkennen, dass diese Zusammensetzung wenig bis gar nicht zu nennenswerten Erfolgen führen kann. Sie ist ein Produkt der einseitig ideologisch ausgerichteten Orientierung der Gemeinschaftsschule unter Minister Commerçon. Diese Entwicklung muss politisch problematisiert und Alternativen entwickelt werden.

Der VRB fordert von den politischen Parteien die Gemeinschaftsschule derart zu verändern, dass die Bildung von abschlussbezogenen Klassen wieder möglich ist. Außerdem soll die Leistungsorientierung wieder durch frühzeitige Versetzungsentscheidungen gestärkt werden. Die Inklusion muss nach Ansicht des VRB gestoppt und die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen zunächst analysiert werden. Destruktives Verhalten muss wieder mit Billigung des Ministeriums sanktioniert werden können.